

Antrag A1: Jugendwahlprogramm für die Bundestagswahl 2025

1 I. Unsere Kampagne für unsere Generation

2 Das Scheitern der Ampel ist das Scheitern neoliberaler Sparpolitik. Das krampfhaft
3 Festhalten der FDP an dem völlig überkommenen Instrument der Schuldenbremse steht im
4 Widerspruch zu der dringend erforderlichen Handlungsfähigkeit von Staat und Politik.
5 Mit dem Scheitern der Ampel ist für alle offensichtlich geworden: Es ist höchste
6 Zeit, die fiskalische Fessel der Schuldenbremse endlich und für allemal
7 abzuschütteln. Der künstliche Sparzwang führt zu einem gegenseitigen Auspielen
8 gesellschaftlicher Gruppe. Es wird versucht, die Notwendigkeit staatlicher
9 Investitionen mit inakzeptablen Einschnitten im sozialen Bereich zu erkaufen. Aus
10 dieser „Entweder- oder“-Debatte gilt es auszubrechen. Es braucht ein „sowohl als
11 auch“. Der soziale Frieden muss ebenso gesichert werden wie kraftvolle Investitionen
12 in unsere öffentliche und soziale Infrastruktur.

13 Statt Abgrenzungsdebatten nach unten zu führen, gilt es endlich wieder mutig die
14 Verteilungsfrage zu stellen. Wir wollen die 95 Prozent endlich besserstellen und
15 dafür den übermäßigen Reichtum des reichsten Prozents endlich gerecht in
16 Verantwortung nehmen. Dabei legen wir Wert auf eine intersektionale Perspektive. Denn
17 Verteilungsungerechtigkeit reproduziert gesellschaftliche Machtverhältnisse. FIN
18 TAs ebenso wie BIPOC werden in unserer Gesellschaft insbesondere ausgebeutet und leiden
19 unter einer ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung.

20 Die neoliberale Sparpolitik und die deswegen verschwindenden Räume für junge Menschen
21 und fehlende Investitionen in die soziale Infrastruktur, sowie politische und
22 antifaschistische Bildung zeigen wie die junge Generation in vielen
23 gesellschaftlichen Krisen politisch vernachlässigt wurde. Diese Versäumnisse sind
24 reale Ursache für den Vertrauensverlust in die Handlungsfähigkeit des Staates,
25 einzelner Parteien und letztlich der liberalen Demokratie selbst. Diese scheint nicht
26 mehr in der Lage zu sein, die Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen. Dazu
27 haben 16 Jahre Merkel-Kanzlerinnenschaft und auch die SPD-geführte Bundesregierung
28 beigetragen. Das versprochene sozialdemokratische Jahrzehnt ist bei uns nicht
29 angekommen.

30 Das kann es noch nicht gewesen sein. Wir kämpfen für den demokratischen Sozialismus.

31 Die Lebenschancen gerade für junge Menschen sind in Deutschland extrem ungleich
32 verteilt. Die soziale Mobilität ist auf einem extremen Tief. Das widerspricht dem
33 sozialdemokratischen Versprechen einer Gesellschaft, in der durch Bildung und Arbeit
34 Wohlstand und gesellschaftliche Teilhabe für alle verwirklicht werden kann.

35 Die 19. Shell Jugendstudie zeigt, dass sich Jugendliche politisch deutlicher als
36 bisher positionieren. Einerseits verstehen sich mehr Jugendliche rechts, was
37 besorgniserregend ist, andererseits sind absolut immer noch deutlich mehr junge
38 Menschen im linken Lager verortet. Das trägt zur Fragmentierung der Parlamente
39 bei. Viele junge Menschen mit eher progressiven Positionen wählen zunehmend
40 fortschrittlich orientierte Kleinstparteien.

41 Zu den materiellen Fragen, die nicht beantwortet wurden, kommen rassistische,
42 sexistische, queerfeindliche und weitere Diskriminierungen, die ebenfalls zunehmen.
43 Diese Diskriminierungen können sich überschneiden. Menschen, die wenig Kapital

44 besitzen, sind oftmals von mindestens einer dieser Diskriminierung betroffen. Der
45 Rechtsruck stellt für diese marginalisierten Gruppen eine lebensgefährliche Situation
46 dar.

47 Recht Populist*innen mache sich die allgemein vorherrschende Unzufriedenheit zu
48 Nutzen. Besonders bei den drei vergangenen Wahlen in Ostdeutschland haben sich diese
49 besorgniserregenden Entwicklungen in enorm starken Wahlergebnissen für die
50 rechtsextreme AfD entladen. Dabei ist auffällig, dass rechtsextreme Positionen vor
51 allem bei jungen Männern im ländlichen Raum zunimmt, während gerade junge Frauen in
52 die entgegengesetzte Richtung tendieren und eher linke Parteien unterstützen. Viele
53 auch junge Menschen werden durch die etablierten Parteien nicht mehr erreicht und
54 wenden sich immer weiter ab von demokratisch geführten Auseinandersetzungen.

55 Diese Entwicklung geht einher mit einer nie dagewesenen Diskursverschiebung auch
56 durch das demokratische Lager, die rechten Narrativen folgt. Wer Narrative der
57 politischen Gegner übernimmt, stärkt diese. Aufgabe der Sozialdemokratie ist es,
58 diese Spirale zu durchbrechen und sich schützend insbesondere vor marginalisierte
59 Gruppen zu stellen, die die Verschiebung besonders betrifft. Rechten Parteien ist es
60 in den letzten Jahren gelungen, politische Debatten von der Suche nach Lösungen auf
61 die Suche nach Feindbildern zu verlagern. Das Gefühl der Dauerkrisen, Zukunftsängste
62 und sozialer Unfrieden bestärken Menschen in ihrem Vertrauensverlust in Politik und
63 Institutionen und dem Zuwenden zu rechten Kräften.

64 Diese Diskursverschiebung verstärkt bereits vorher dagewesene Diskriminierungen.
65 Menschen, die wenig Materielles besitzen, sind oftmals von mindestens einer oftmals
66 von mehreren Formen dieser Diskriminierung betroffen. Der Rechtsruck stellt für diese
67 marginalisierten Gruppen eine lebensgefährliche Situation dar.

68 Wir stellen uns dem Weg des Populismus und der Diskursverschiebung entgegen. Das
69 heißt auch, dass wir für eine Sozialdemokratie kämpfen, die in der
70 Regierungsverantwortung nicht rechte Narrative und Themen bedient. Das ist
71 entscheidend für die Unterstützung durch unseren Verband.

72 **II. Unsere Kampagnenziele**

73 1. Wir wollen jungen Menschen mit unserer Kampagne das Gefühl vermitteln, dass sie
74 den Krisen dieser Welt nicht hilflos ausgeliefert sind. Dass die Ursachen von
75 Armut, Ausbeutung und Zukunftsängsten politisch und gesellschaftlich geschaffen
76 sind und sie somit auch selbst in der Hand haben, durch eigenes Engagement und
77 gemeinschaftliche Organisation eben diese Ursachen zu verändern.

78 2. Wir wollen junge Menschen ansprechen. Dabei legen wir einen Fokus auf
79 Nichtwähler*innen – die sich selbst als unpolitisch bezeichnen – und
80 Erstwähler*innen. Wir wollen ihnen einerseits zeigen, dass ihre Stimme für
81 eine Sozialdemokratie, die für sie kämpft, richtig ist und sie links
82 politisieren.

83 3. Es ist entscheidend, endlich wieder linke und progressiv Diskursräume in der
84 Gesellschaft zu öffnen, was mit einer klaren linken Kampagne gelingen kann.

85 4. Indem wir linke und progressive Kandidat*innen unterstützen, wollen wir in der
86 SPD-Fraktion linke Mehrheiten schaffen. Deswegen unterstützen wir junge
87 Abgeordnete mit einem sozialistischen Blick auf die Welt und alle
88 Sozialdemokratischen Kandidat*innen, die sich mit unseren Werten und Grundsätzen

89 identifizieren.

90 5. Mit einer positiven Erzählung machen wir Lust auf ein gutes Morgen, das wir
91 gemeinsam erkämpfen werden. Wir glauben an Solidarität und Gemeinschaft und
92 haben den Anspruch, unsere Zukunft solidarisch und miteinander zu organisieren.
93 Wir wollen, dass junge Menschen wieder Zuversicht haben. Die bessere Welt ist
94 möglich.

95 **III . Unsere zentralen Wahlkampforderungen**

96 Wir wollen ein **Ein-Billion-Euro-Investitionsprogramm** zur umfassenden Erneuerung und
97 Modernisierung unserer öffentlichen und sozialen Infrastruktur, für Klimaschutz,
98 Bildung und klimaneutrale Industrie. Dafür wollen wir die Schuldenbremse abschaffen.
99 Das muss Bedingung der SPD für den etwaigen Eintritt in eine Regierungskoalition
100 sein.

101 Wir wollen eine **WG-Garantie** für alle Studierenden und Auszubildenden. Junge Menschen
102 müssen ein **Zimmer unter 400€ Miete** erhalten.

103 Wir müssen endlich **Erbschaften und Vermögen** gerecht besteuern, um die krasse
104 Vermögensungleichheit sowie Kinderarmut beenden. Übermäßiger Reichtum und
105 unerträgliche Armut sind zwei Seiten der gleichen Medaille in einer viel zu
106 ungleichen Gesellschaft.

107 **My body, my choice!** Wir wollen **§ 218** endlich aus dem Strafgesetzbuch streichen.

108 Alle jungen Menschen haben das Recht auf einen Ausbildungsplatz. Wir werden die
109 **Ausbildungsgarantie** zu einer echten Garantie machen.

110 Das Sterben auf der Flucht muss enden. Wir wollen **sichere Fluchtrouten schaffen und**
111 **Resettlementprogramme** ausweiten.

112 **IV. Programmatische Cluster**

113 Im Folgenden werden verschiedene Themencluster als inhaltliche Schwerpunktsetzung für
114 den Bundestagswahlkampf 2025 vorgestellt. Nach einer kurzen Einbettung in das
115 politische Cluster werden konkrete politische Maßnahmen bzw. Forderungen für die
116 Kampagne benannt:

117 1. Damit Du dir ein gutes und gesundes Leben leisten kannst

118 2. Damit Du wohnen kannst - wie und wo Du willst!

119 3. Damit alle die gleiche Chance haben!

120 4. Damit wir alle die gleiche Chance haben!

121 5. Damit Du selbstbestimmt und sicher leben kannst!

122 6. Damit Du in Wohlstand leben und das Klima schützen kannst!

123 **1. „Damit Du Dir ein gutes Leben leisten kannst“**

124 Ein Arbeitsplatz mit sicherem Einkommen, eine bezahlbare Wohnung, eine
125 funktionierende staatliche Infrastruktur und einen Therapieplatz, wenn man einen
126 braucht, sind elementare Voraussetzungen für ein gutes Leben in unserer Gesellschaft.
127 Gerade viele junge Menschen verzweifeln am Wohnungsmarkt, sind mit dem Arbeitsmarkt
128 und der 40-Stunden-Woche unzufrieden und merken, dass der Putz unserer Infrastruktur
129 gewaltig bröckelt. Wir wollen, dass jeder junge Mensch sich ein gutes Leben leisten
130 kann und der Staat unterstützt, wenn mal nicht alles so läuft wie geplant.

131 **a. Gesund sein ist die halbe Miete**

- 132 • Es gibt keine Menschen zweiter Klasse: Wir werden die **Zwei-Klassen-Medizin**
133 **abschaffen** und eine Bürger*innenversicherung entwickeln, in die alle einzahlen.
134 Die Beiträge müssen konstant bleiben und nicht weiter steigen. Außerdem gehört
135 die Beitragsbemessungsgrenze abgeschafft.
136 Wie gut die medizinische Grundversorgung ist, hängt immer noch essentiell vom
137 Geldbeutel ab. Das muss enden. Wir wollen weg von einem profitorientierten
138 Gesundheitssystem.
- 139 • Weiter braucht es überall **anonyme Krankenscheine**, damit auch wohnungslose
140 Menschen, Menschen, die in Deutschland keinen geregelten Aufenthaltsstatus haben
141 oder Menschen, die aus anderen Gründen keine Krankenkasse haben, gesundheitlich
142 versorgt werden können. Anonyme Krankenscheine ermöglichen Menschen ohne
143 Krankenkassenkarten medizinische Versorgung, sowie Ärzt*innen die Abrechnung der
144 Leistungen.
- 145 • Wir wollen sicherstellen, dass Geflüchtete direkten und vollständigen **Zugang zum**
146 **Gesundheitssystem** haben. Asylsuchende haben in ihren ersten Monaten ihres
147 Aufenthalts laut Asylbewerberleistungsgesetz nur einen eingeschränkten Zugang
148 zur Gesundheitsversorgung. Wir fordern deswegen die Abschaffung des
149 Asylbewerberleistungsgesetzes. Asylsuchende dürfen nicht in einem
150 Sondersozialleistungssystem stecken, wo sie unter dem Existenzminimum leben
151 müssen und keinen vollen Zugang zur Gesundheitsversorgung haben.
152 Gesundheitsversorgung ist ein Menschenrecht und dies gilt für jeden Menschen.
153 Asylsuchende sollen deswegen wie auch schon ukrainische Geflüchtete ins reguläre
154 Sozialleistungssystem.
- 155 • Wir wollen die **Zuzahlung bei verschreibungspflichtigen Medikamenten** und anderer,
156 wie beispielsweise zahnmedizinischen Leistungen, für alle **abschaffen**.
157 Gleichzeitig braucht es keine Kassenleistungen bei Homöopathie.
- 158 • Wir wollen eine **flächendeckende Gesundheitsversorgung**, die in öffentlicher Hand
159 ist und die sicherstellt, dass Du egal, wo Du wohnst, die beste gesundheitliche
160 Versorgung in Anspruch nehmen kannst.
- 161 • **Wir brauchen dringend mehr Psychotherapeut*innen**. Wir müssen mehr Kassensitze
162 schaffen durch Absenkung der Verhältniszahlen, eine Erleichterung des
163 Kostenerstattungsverfahrens, damit auch Therapeut*innen ohne Sitz Psychotherapie
164 für gesetzlich Versicherte anbieten können sowie mehr Anlaufstellen mit
165 ausgebildeten Psychotherapeutinnen für Schüler*innen, Studierende und
166 Auszubildende, insbesondere wollen wir kostenlose Ausbildung für angehende
167 Psychotherapeut*innen. Zusätzlich sollen auch kurzfristig Psychotherapien in
168 Privatpraxen von den gesetzlichen Versicherungen übernommen werden. Daneben muss
169 auch die **stationäre Versorgung** weiter ausgebaut werden, vor allem auch im
170 ländlichen Raum. Psychische Erkrankungen müssen entstigmatisiert werden und
171 weniger als individuelle, sondern als strukturell gesellschaftliche Probleme
172 intersektional betrachtet werden.
- 173 • Wir wollen in der Forschung von einer rein männlich-zentrierten Betrachtung von
174 Körpern weg. Es braucht eine geschlechterspezifische medizinische Versorgung und
175 mehr Gelder für Forschung zur Behandlung und vollständige Übernahme der

176 Behandlungen durch die gesetzlichen Kassen von Krankheiten, die vor allem
177 Menschen mit Uterus betreffen, wie Endometriose oder PCOS. Generell müssen
178 dringend gender und race bias in der Medizin abgebaut werden, denn sie führen zu
179 falschen oder nicht stattfindenden Behandlungen und gefährden Menschenleben.
180 Auch queere Menschen, besonders trans* Menschen brauchen eine
181 diskriminierungssensible Gesundheitsversorgung.

- 182 • Zusätzlich sollen **HPV-Impfungen** für alle Geschlechter und Altersgruppen
183 übernommen werden sowie **Verhütungsmittel für alle Geschlechter im öffentlichen**
184 **Raum** umsonst bereitgestellt werden.
- 185 • Wir wollen ein **digitalisiertes Gesundheitssystem**, das es ermöglicht, schnell,
186 einfach und digital, Termine bei Ärzt*innen zu bekommen, deine Gesundheitsdaten
187 verfügbar zu haben und Medikamente abzuholen. Dabei muss selbstverständlich der
188 Datenschutz gesundheitssensibler Daten gewährleistet werden.

189

190 **b. Wir geben Dir was und nehmen Dir nichts**

- 191 • **Grunderbe** mit einer bedingungslosen Auszahlung **von 60.000 Euro** an jede Person,
192 die das 18. Lebensjahr vollendet hat. Dafür werden wir die Erbschaftssteuer
193 reformieren: Wir **erhöhen den Grundfreibetrag** und **starten mit einem**
194 **Einstiegssteuersatz von 10 Prozent** auf die erste Million bis 90 Prozent auf die
195 neunte sowie folgende vererbte Millionen. **Keiner wird Dir dein Haus wegnehmen:**
196 Als Ausnahmetatbestand bleibt die steuerfreie Vererbbarkeit einer vom
197 Erben/Beschenkten selbst bewohnten Immobilie.
- 198 • **Wiedereinführung der Vermögenssteuer.** Wir wollen, dass große Vermögen einen
199 fairen Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens leisten und gleichzeitig
200 mit Freibeträgen und Ausnahmen für inhaber*innengeführten Unternehmen und für
201 selbst bewohnte Immobilien ausschließen, dass es zu übermäßigen Belastungen für
202 Einzelne kommt.
- 203 • **Wir zahlen zu viel Einkommenssteuer:** Wir wollen, dass alle mehr von ihrem
204 erarbeiteten Lohn haben. Wir wollen, dass der Grenzsteuersatz für das
205 Durchschnittseinkommen nicht bei über 25 Prozent liegt. Das heißt, wir wollen
206 kleine und mittlere Einkommen massiv entlasten.. Einkommenmillionär*innen wollen
207 wir hingegen über einen höheren Spitzensteuersatz stärker in Verantwortung
208 nehmen. Erträge aus Kapitaleinkommen wollen wir genauso besteuern wie
209 Arbeitseinkommen.
- 210 • Die Belastungen der ökologischen Transformation für Unternehmen und Industrie
211 werden oftmals indirekt auf die Verbraucher*innen umgelegt. Damit diese
212 entlastet werden, fordern wir die längst überfällige **Einführung eines**
213 **Klimageldes.** Wir unterstützen ein Klimageld, das degressiv abschmilzt, je höher
214 das Einkommen ist. Damit Menschen mit geringem Einkommen stärker entlastet
215 werden.
- 216 • Wir fordern die **Abschaffung der Umsatzsteuer (ugs. Mehrwertsteuer) auf**
217 **Lebensmittel** und wollen die Voraussetzungen schaffen, die Mehrwertsteuer
218 insgesamt abzuschaffen.
- 219 • Wir werden die **Beitragslast** der Arbeitnehmer*innen **in den Sozialversicherungen**

220 **verringern** und Kapitalerträge über eine Wertschöpfungsabgabe an der Finanzierung
221 unseres Sozialsystems beteiligen.

222 • Wer sein Leben lang arbeitet, darf im Alter nicht verarmen. Wir wollen die
223 gesetzliche Rente stabil und zukunftsfest machen. Wir wollen das **Rentenniveau**
224 **perspektivisch auf 53 Prozent** stabilisieren und eine **Mindestrente** einführen, die
225 Altersarmut verhindert. Wir wollen eine zukunftssichere Rente schaffen, in der
226 alle Erwerbstätigen einzahlen und stärker innerhalb der Rentenversicherung
227 umverteilen, um eine übermäßige Belastung von Arbeitnehmer*innen zu verhindern.

228

229

230 **c. Gute Ausbildung und gut verdienen**

231 • Wir fordern eine sofortige Anhebung des **Mindestlohns auf 15 Euro** und setzen uns
232 an der Seite der DGB-Gewerkschaften für eine sukzessive Erhöhung des Lohnniveaus
233 ein. Weiterhin soll der Mindestlohn einem Inflationsanpassungsmechanismus
234 unterliegen. Letztlich soll der Mindestlohn aber nur eine Lohnuntergrenze sein
235 und das Ziel ist es, dass möglichst alle Arbeitnehmer*innen in die Tarifbindung
236 zu bringen.

237 • Es braucht eine **Verkürzung der Arbeitszeit** aufgrund der immer weiter steigenden
238 Produktivität und Wertschöpfung der Arbeitskraft. Die Mehrheit der
239 Vollzeitbeschäftigten wünscht sich, die Wochenarbeitszeit zu reduzieren, um
240 besser Arbeit, Familie, Engagement und Freizeit miteinander vereinbaren zu
241 können. Insbesondere der öffentliche Dienst muss hier mit gutem Beispiel
242 vorangehen. Gleichzeitig sind insbesondere viele Frauen unfreiwillig
243 unterbeschäftigt und stecken in der Teilzeitfalle. Für sie müssen wir die
244 Voraussetzungen schaffen, ihre Arbeitszeit zu erhöhen. Unter anderem muss
245 Kinderbetreuung ausgebaut, Carearbeit fair verteilt und das "Recht auf Teilzeit"
246 muss um ein "Recht auf Vollzeit" ergänzt werden. Es braucht die
247 Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, damit Care-Arbeit
248 zwischen den Geschlechtern paritätisch aufgeteilt werden kann. Außerdem müssen
249 dazu falsche Anreize wie das Ehegattensplitting abgeschafft, durch die
250 paritätische Aufteilung der Elternzeit (7+7 Modell) ersetzt werden und ganztags
251 Betreuungsangebote flächendeckend ausgebaut werden.

252 • Die Ungleichbehandlung von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt muss enden.
253 Um den Gender-Pay-Gap zu beseitigen, fordern wir einen **Rechtsanspruch auf**
254 **gleichen Lohn bei gleicher Arbeit**. Außerdem müssen Berufe, in denen traditionell
255 mehr Frauen arbeiten, aufgewertet werden. Dies gilt besonders für Berufe im
256 Bereich Care-Arbeit

257 • Die Tarifbindung in vielen Branchen ist weiterhin zu niedrig. Es muss gezielt
258 und verstärkt von der Möglichkeit der Allgemeinverbindlichkeitserklärung
259 Gebrauch gemacht werden, wir brauchen ein **Bundestariftreuegesetz**, öffentliche
260 Aufträge und Subventionen dürfen nur an Unternehmen mit Tarifverträgen vergeben
261 werden. **OT-Mitgliedschaften (OT = Ohne Tarifbindung) in Arbeitgeberverbänden**
262 **müssen verboten werden**. Damit es faire Löhne und bessere Arbeit gibt und der
263 Gender-Pay-Gap geschlossen werden kann.

264 • Für die gute Arbeit und das gute Leben braucht es **Demokratisierung der**

265 **Unternehmen.** Deswegen wollen wir betriebliche Mitbestimmung stärken. Dafür
266 braucht es u.a. effektive Sanktionen, wenn Unternehmensmitbestimmung ignoriert
267 wird. Auch das Streikrecht ist ein hohes Gut und darf nicht durch Konservative
268 und Liberale angegriffen werden.

269 • Für die gute Arbeit und das gute Leben braucht es **Demokratisierung der**
270 **Unternehmen.** Deswegen wollen wir betriebliche Mitbestimmung stärken. Dafür
271 braucht es u.a. effektive Sanktionen, wenn Unternehmensmitbestimmung ignoriert
272 wird. Auch das Streikrecht ist ein hohes Gut und darf nicht angegriffen werden.

273 • Die Ausdehnung des Geltungsbereichs der Flächentarifverträge des öffentlichen
274 Dienstes auf alle Beschäftigten in Lehre und Forschung bei gleichzeitiger
275 Aufhebung der Tarifsperrung sowie **einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte**

276 • **Erhöhung der Mindestausbildungsvergütung auf Niveau des Mindestlohns** sowie
277 Erhöhung der Berufsausbildungsbeihilfe. Dies geht einher mit der Einführung von
278 flächendeckenden Jugendberufsagenturen.

279 • Wir fordern alle Unternehmen und staatliche Einrichtungen, die **vergünstigte**
280 **Angebote** für Studierende anbieten, auf, diese **auch auf Azubis auszuweiten.**

281 • Unser Arbeitsmarkt und Wirtschaftsstandort werden nur mit mehr und nicht weniger
282 Migration erfolgreich sein. Wir wollen eine **schnelle Anerkennung von Abschlüssen**
283 **bei ausländischen Fach- und Arbeitskräften**, sowie die stärkere Berücksichtigung
284 gesammelter Berufserfahrung. Es braucht ein **flächendeckendes Sprachkursangebot**
285 mit paralleler Kinderbetreuung, verbunden mit wirksamer Migrationsberatung sowie
286 eine **Stärkung des Spurwechsels im Asylrecht.** Unnötige bürokratische Hürden
287 müssen hier gesenkt werden. Mehr Flexibilität bei Sprachvoraussetzungen, wenn
288 diese nicht zwingend notwendig sind.

289 • Die Erwerbstätigkeit muss allen Geflüchteten unabhängig von ihrem Herkunftsland
290 bereits während des Asylverfahrens erlaubt werden, besonders, wenn die Zusage
291 eines Ausbildungsplatzes vorliegt.

292 • Es braucht eine **massive Ausweitung berufsbegleitender Integrations- und**
293 **Sprachkurse**, um Geflüchteten und Menschen mit Duldung die schnellere Integration
294 in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt zu ermöglichen.

295 • Es braucht eine **massive Ausweitung berufsbegleitender Integrations- und**
296 **Sprachkurse**, um Geflüchteten und Menschen mit Duldung die schnellere Integration
297 in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt, sowie gesellschaftlicher Teilhabe, zu
298 ermöglichen.

299 • Menschen mit Behinderung brauchen **faire Arbeitsbedingungen** und dürfen keine
300 Entlohnung erhalten, die unterhalb des Mindestlohnlevels liegt.

301 2. „Damit Du wohnen kannst - wie und wo Du willst!“

302 In den deutschen Großstädten fehlen rund 1,9 Millionen günstige Wohnungen. Diese
303 soziale Problemlage besteht nicht erst seit kurzem und hat sich die Lage aufgrund
304 steigender Zinsen und Baukosten sogar noch verschlechtert. Von den jährlichen
305 400.000, die die Ampelregierung versprochen hat, wurden 2023 nur knapp 180.000
306 gebaut, viel zu wenig, um wirklich Entlastung zu schaffen. Fast 13 Prozent der
307 Mieterhaushalte in deutschen Großstädten haben nach Abzug der Miete weniger als das
308 Existenzminimum zur Verfügung. Gerade junge Menschen finden kaum ein WG-Zimmer oder

309 eine Wohnung unter 500 Euro. Wohngeld, sozialer Wohnungsbau und die Mietpreisbremse
310 sind die drei wichtigsten Instrumente, mit denen Wohnen bezahlbar gehalten werden
311 soll. Um der Wohnungsnot zu begegnen, muss man alle drei Säulen massiv stärken.
312 Insbesondere Familien haben es extrem schwer, ausreichend große und bezahlbare
313 Wohnungen zu finden, was dazu führt, dass Kinder vielfach in extrem beengten
314 Wohnverhältnissen aufwachsen. Wir wollen die Herausforderungen des ländlichen Raums
315 in den Blick nehmen und bürokratische Hürden in der Förderung von Wohnraum
316 herabsetzen, sodass auch kleine Kommunen davon profitieren können. Wir wollen, dass
317 niemand im Regelfall mehr als 25% seines Einkommens für die Miete aufwenden muss und
318 es für alle bedarfsgerechte Wohnungen gibt.

- 319 • Wir fordern eine **Mietpreisgarantie (WG-Garantie) für Auszubildende und**
320 **Studierende**: Wir wollen, dass jede*r Studierende für höchstens 400€ eine
321 Unterkunft bereitgestellt bekommt. Hierfür wollen wir die Bafög-
322 Wohnungspauschale ausweiten und bei allen nicht-Bafög-berechtigten Studierenden
323 und Auszubildenden bei Bedarf die anfallenden Wohnkosten über 400 Euro
324 übernehmen.
- 325 • **Bundesweiter Stopp für Mieterhöhungen**, das heißt sofortiger Mietendeckel für
326 alle angespannten Mietmärkte. Dies gilt auch für Gewerbemieten, um gerade dem
327 Aussterben von Einzelhandel und Gastronomie zu begegnen.
- 328 • Wir wollen **große Wohnungskonzerne** ab 3.000 Wohneinheiten vergesellschaften, um
329 einen Grundstock bezahlbarer Wohnungen zu garantieren.
- 330 • Bund und Länder müssen **1 Millionen Sozialwohnungen in der nächsten**
331 **Legislaturperiode** garantieren. Dazu gehören eine strategische Bodenpolitik sowie
332 der Rückkauf privatisierter Flächen. **Das heißt, staatliche**
333 **Wohnungsbaugesellschaften müssen massiv Grundstücke erwerben und dort sozialen**
334 **Wohnraum ermöglichen. Landes- bzw. kommunale Wohnungsbaugesellschaften müssen**
335 **mit dem notwendigen Kapital ausgestattet werden.**
- 336 • Mit einer **massiven Ausbauoffensive für Studierende und Auszubildende** soll junger
337 Wohnraum durch Studierenden- und Azubiwerke bzw. Kommunen geschaffen werden.
- 338 • Öffentlich geförderte Wohnungen müssen **dauerhaft sozialgebunden** bleiben.
- 339 • Es müssen alle **rechtlichen Instrumente ausgeschöpft werden**, um die Umwandlung
340 von Miet- in Eigentumswohnungen und Luxussanierungen zu verhindern. Zusätzlich
341 muss das **kommunale Vorkaufsrecht** rechtlich gestärkt werden und effektiv sein.
342 Dabei wollen wir sowohl den Milieuschutz als auch die besonderen
343 Herausforderungen des ländlichen Raums berücksichtigen.
- 344 • Viele Mieter*innen sind von sukzessiv ansteigenden Indexmieten betroffen. Wir
345 fordern daher ein **Indexmietenverbot**.
- 346 • Die **Zweckentfremdung muss gestoppt werden**: In Kommunen mit angespannten
347 Wohnungsmärkten sollen Mietwohnungen nicht kommerziell als Ferienwohnungen
348 angeboten werden dürfen.
- 349 • Wir wollen, dass Möglichkeiten zur **Kündigung** aufgrund von **Eigenbedarf** stark
350 eingeschränkt werden. Dies kann insbesondere durch eine Verlängerung der
351 Fristen, die Verschärfung des Nachweises des Eigenbedarfs, Stärkung der
352 Härtefallregelungen und die Beschränkung auf enge Familienangehörige erfolgen.

- 353 • Dort, wo Industrie entwickelt oder neu angesiedelt wird, fordern wir die
 354 Verpflichtung zum Bau von Werkwohnungen, insbesondere auch für Auszubildende.
- 355 • Finanzierung des **Housing-First-Konzept** durch den Bund und ein separates
 356 Bundesprogramm zur Bekämpfung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit.
- 357 • Wir wollen **institutionelle Diskriminierung** auf dem Wohnungsmarkt bekämpfen, die,
 358 vor allem Menschen mit Migrationsgeschichte betrifft.
- 359
- 360 • Wir werden die kommunale Altschuldenproblematik lösen, indem der Bund den
 361 Kommunen die Altschulden erlässt. Das gilt explizit auch für die ostdeutschen
 362 kommunalen Wohnungsbaugesellschaften, die noch immer unter den DDR-Altschulden
 363 leiden.
- 364 In kaum einem europäischen Land ist der Bildungserfolg so stark abhängig vom
 365 Geldbeutel der Eltern wie in Deutschland. Das bedeutet, dass der berufliche Erfolg
 366 immens an den Status der Eltern geknüpft ist. Daneben geben wir in unserem durch den
 367 Föderalismus geprägten Bildungssystem im OECD-Vergleich wenig für Schule und Bildung
 368 aus. Die Jusos und die Sozialdemokratie müssen gleiche Chancen durch Bildung für alle
 369 ermöglichen. Wir wollen dafür sorgen, dass das Versprechen des Aufstiegs durch Arbeit
 370 und Bildung möglich ist. Dem kapitalistischen Konkurrenzdenken, dass den Aufstieg des
 371 einen nur auf Kosten des anderen ermöglicht, wollen wir ein Solidaritätsversprechen
 372 entgegensetzen, in dem soziale Sicherheit und Aufstieg für alle gemeinsam möglich
 373 sind.
- 374 • Wir investieren **100 Milliarden Euro in unser Bildungssystem**: Dies wird
 375 gebraucht, um Kitas auszubauen, Schulen zu sanieren, flächendeckende
 376 Ganztagsbetreuung und bessere Inklusion zu ermöglichen und deutlich mehr
 377 Personal einzustellen.
- 378 • Wir fordern das **Ende des Kooperationsverbots für Bildung im Grundgesetz**. Wir
 379 wollen eine in Grundzügen einheitliche Schulpolitik in den Ländern. Es kann
 380 nicht sein, dass Schulwechsel zwischen Bundesländern kompliziert sind und zum
 381 Teil Versetzungen in die höhere Klassenstufe gefährden.
- 382 • Wir stehen für die **Gebührenfreiheit** im öffentlichen Bildungssystem. Wir wollen
 383 gebührenfreie Kitas (Elternbeitragsfreiheit) und kämpfen für die Abschaffung
 384 jeglicher Gebühren für Schulmaterial, Ausbildung und Studium. Auch Kurse der
 385 Grundbildung oder zum nachträglichen Erwerb eines Schulabschlusses müssen
 386 gebührenfrei zugänglich sein.
- 387 • Wir wollen **kostenlose Mahlzeiten**, bei welchen verschiedene Ernährungsweisen
 388 berücksichtigt werden an allen Schulen ermöglichen, durch die Länder und den
 389 Bund finanziert.
- 390 • Wir wollen eine Schule für alle mit **Ganztagskonzept und das Ende des**
 391 **dreigliedrigen Schulsystems**. Im ersten Schritt soll der Übergang von Grund in
 392 die weiterführende Schule nach Vollendung des sechsten Schuljahres beginnen.
 393 Ziel ist der **Aufbau von kommunalen Bildungszentren** mit Grundschule,
 394 Weiterführenden Schule sowie Berufsschule an einem Ort. Im Rahmen des Ganztags
 395 sollen Vereine aller Art in den Schullalltag integriert werden.
- 396 • Schulen sollen mehr zum Ort der freien Entfaltung und Interessenentwicklung

- 397 werden. Wir wollen **fächerübergreifenden Unterricht statt mehr Unterrichtsfächer**.
398 Neben einem zu erwerbenden Grundwissen sollen in verschiedenen Abstufungen
399 Schwerpunkte bereits in der Schule gebildet werden können.
- 400 • Aufbau einer **kostenlosen, verlässlichen und arbeitsnahen Kinderbetreuung**,
401 **insbesondere** auch für Wochenenden, Randzeiten und Nächte.
 - 402 • Wir brauchen einen **Digitalpakt 2.0. für die Schulen** sowie die Ausstattung aller
403 Schüler*innen in den weiterführenden Schulen Arbeitsendgeräten. Wir wollen alle
404 Schulen mit Glasfaser, WLAN und moderner Präsentationstechnik ausstatten sowie
405 die Digitalisierung der Unterrichtsmaterialien vorantreiben. Deshalb wollen wir
406 das Lehramtsstudium zu einem praxisintegrierenden dualen Studium reformieren,
407 damit angehende Lehrkräfte bereits ab Studienbeginn Lehrerfahrung sammeln. Der
408 Standort darf nicht ausschlaggebend dafür sein wie gut Schulen materiell und mit
409 Ressourcen ausgestattet sind.
 - 410 • Wir fordern eine **echte Kindergrundsicherung**, die sich spürbar im Geldbeutel der
411 Eltern und Kinder bemerkbar macht. Ansatzpunkt ist hier ein Grundbetrag sowie
412 ein Zusatzbetrag für ärmere Familien. Der Basisbetrag soll eine Höhe von 300
413 Euro haben.
 - 414 • Wir fordern **Bildungseinrichtungen**, die **diversitätssensibel** arbeiten und dabei
415 die unterschiedlichen Lebensrealitäten von marginalisierten Gruppen
416 berücksichtigen. Schulen und Kindertagesstätten müssen ein Ort für alle Kinder
417 sein. Das Personal ist entsprechend zu schulen und muss die internalisierten
418 Ismen wieder verlernen. Es braucht unabhängige Anlaufstellen für Gewalt- und
419 Diskriminierungserfahrungen. Auch das Lehrmaterial ist durch einen
420 heteronormativen, männlichen und weißen Blick erstellt, was zu ändern gilt.
 - 421 • Wir fordern **Bildungseinrichtungen**, die **diversitätssensibel** arbeiten und dabei
422 die unterschiedlichen Lebensrealitäten von marginalisierten Gruppen
423 berücksichtigen. Schulen und Kindertagesstätten müssen ein Ort für alle Kinder
424 sein. Das Personal ist entsprechend zu schulen und muss die internalisierten
425 Ismen sowie Misogynie wieder verlernen. Es braucht unabhängige Anlaufstellen für
426 Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen. Auch das Lehrmaterial ist durch einen
427 heteronormativen, männlichen und weißen Blick erstellt, was zu ändern gilt.
 - 428 • Es braucht eine Ausfinanzierung der Hochschulen. Studierende müssen in
429 angenehmer Atmosphäre lernen können und Hochschulen unabhängig vom ökonomischen
430 Wettbewerb um Forschungsgelder, Drittmittel und Exzellenzförderung werden. Der
431 Bologna-Prozess muss „richtig“ durchgesetzt werden, ohne mit einer
432 Ökonomisierung der Bildung einherzugehen.
 - 433 • Es braucht eine **grundlegende Reform des BAföG**: Anhebung der Bedarfssätze und
434 langfristig eine Inflationskopplung dieser, sowie ein BAföG als Vollzuschuss.
435 Besonders wichtig ist eine Anhebung der Wohnkostenpauschale auf mindestens 500
436 Euro. Weiterhin eine Ausweitung der Förderhöchstdauer, die Abschaffung der
437 Altersbegrenzung, elternunabhängiger Bezug sowie Flexibilität beim
438 Studienfachwechsel.
 - 439 • Ein individueller und bundesweit flächendeckenden Rechtsanspruch auf einen
440 Ausbildungsplatz, der jeder jungen Person tatsächlich hilft, einen
441 Ausbildungsplatz zu erhalten. Wir wollen die **Ausbildungsgarantie zu einer**

442 **richtigen Garantie machen**, das heißt mit einem Rechtsanspruch versehen. Außerdem
443 wollen wir Unternehmen über branchenspezifische Fonds in die Verantwortung für
444 die Finanzierung nehmen, sodass insbesondere Unternehmen, die nicht oder zu
445 wenig ausbilden ihren solidarischen Beitrag leisten

446 • Wir wollen **Ausbildungsbedingungen verbessern**, indem wir Berufsschulen
447 renovieren, Azubi-Wohnheime bauen, **Azubiwerke einrichten** und gute und günstige
448 Mobilität für Auszubildende sicherstellen.

449 • Wir wollen die Situation **Dual-Studierender** verbessern, indem wir sie in das BBiG
450 aufnehmen, damit es einheitliche Regelungen für Standards, Vergütung und
451 Bedingungen des Dualen-Studiums gibt.

452

453 **4. „Damit Du schnelles Netz und pünktliche Bahnen hast!“**

454 Jeder kennt es, man sitzt in der Bahn und hat kaum oder keine gute Internetverbindung
455 und dann hat die Bahn gottlos Verspätung. Wir wollen einen starken Staat mit einer
456 starken Infrastruktur, der das Leben der Menschen erleichtert und nicht erschwert.
457 Aber auch in der Digital- und Netzpolitik läuft vieles schief und dauert einfach zu
458 lange: Kartenzahlungen sind oftmals nicht möglich, an vielen Orten ist das Netz weg
459 und Behördenleistungen digital zu beantragen und zugeschickt zu bekommen ist oftmals
460 ein dysfunktionaler Albtraum. Wir wollen digitalen Fortschritt überall ermöglichen
461 und mitdenken und Datenschutz garantieren. Um diese Modernisierung unserer
462 Gesellschaft zu ermöglichen, ist es unerlässlich, die Schuldenbremse abzuschaffen.
463 Als Investitionsbremse steht sie der Erneuerung unseres Staats- und unserer
464 Gesellschaft entgegen, als Machtinstrument der Konservativen und Neoliberalen
465 beschränkt sie die Handlungsfähigkeit des Staates zugunsten der privaten Märkte,
466 diese Ideologie ist in den letzten Jahrzehnten gescheitert, hat uns kaputte Schulen
467 und Brücken beschert und uns an den Rande der Klimakatastrophe gebracht. Deshalb gilt
468 es, die jahrzehntelange Investitionsschwäche zu beenden und dafür die Schuldenbremse
469 endlich loszuwerden.

470 • Wir wollen die **Schuldenbremse** abschaffen und massiv in die Erneuerung unserer
471 Gesellschaft und Infrastruktur investieren.

472 • Wir wollen das **Deutschlandticket auf 9 Euro pro Monat** absenken und einen
473 perspektivisch ticketlosen, umlagefinanzierten ÖPNV einführen.

474 • Die Deutsche Bahn ist viel zu teuer und zu spät: Wir brauchen **bezahlbare Preise**
475 **für alle im Fernverkehr**. Schüler*innen, Auszubildende, Studierende und
476 Freiwilligendienstleistende sollen kostenlos fahren.

477 • Ein starker Staat stellt eine starke Infrastruktur bereit. Das **Schienennetz muss**
478 **erneuert** und ausgeweitet werden. Weiterhin wollen wir den **flächendeckenden**
479 **Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs** gerade im ländlichen Raum, das **Bereitstellen**
480 **einer modernen Fahrradweginfrastruktur** in Großstädten sowie die **Modernisierung**
481 **und Sanierung unseres Straßennetzes**.

482 • Die Deutsche Bahn muss wieder in eine öffentlich-rechtliche Organisationsform
483 überführt werden.

484 • Der **Breitband- und Mobilfunkausbau muss beschleunigt werden**. Wir wollen, dass
485 die Versorgung von Breitband und Mobilfunk staatlich gewährleistet wird und

486 Doppelstrukturen vermieden werden. Die Privatisierung natürlicher Monopole im
487 Netzausbau hat zu Chaos, schlechter Netzabdeckung in manchen, sinnlose
488 Doppelstrukturen in anderen Regionen geführt. Wir wollen Netze zurück in die
489 öffentliche Hand holen.

490 • Wir fordern **5G an jeder Ecke** sowie ein **Bürgerportal mit dem alle Behördengänge**
491 von der Anmeldung des Wohnsitzes bis zur Steuererklärung **digital, papierlos und**
492 **barrierefrei durchgeführt werden können.**

493 • Wir setzen uns **gegen digitalen Hass im Netz ein**, der besonders FINTA und BIPOC
494 betrifft. Es braucht dringend mehr Prävention und Unterstützung in Schulen,
495 Betrieben und Hochschulen. Gewalt im Netz muss von Sicherheitsbehörden
496 konsequent verfolgt werden. Dafür braucht es mehr Personal und die Nutzung von
497 KI-Programmen im Rahmen eines hohen Datenschutzes.

498 • Der Staat muss alternative Open Source-Office-Produkte aktiv fördern, indem er
499 in die Entwicklung investiert und diese selbst verwendet.

500 • Es braucht eine **Kennzeichnungspflicht für KI-hergestellte Inhalte** gerade auf
501 sozialen Plattformen.

502

503 **5. „Damit Du selbstbestimmt und sicher leben kannst!“**

504 Jede Zusammenarbeit mit der faschistischen AfD ist für uns auf allen Ebenen
505 kategorisch ausgeschlossen! Für uns steht fest, dass wir eine starke Sozialdemokratie
506 brauchen, um dem Rechtsruck entgegenzutreten. Eine Sozialdemokratie, die nicht auf
507 populistische und rechte Erzählungen hereinfällt und diese reproduziert. Eine
508 Sozialdemokratie, die fest auf ihrem Wertefundament steht und ein Gegenmodell für
509 eine starke demokratische und solidarische Gesellschaft zeichnet. Wir wollen eine
510 Sozialdemokratie, die eine Vision aufzeigt von einer Gesellschaft, in der alle
511 selbstbestimmt, frei und sicher leben können.

512 • Unsere Brandmauer gegen die Nazis steht seit 120 Jahren. Wir bekämpfen Nazis auf
513 der Straße und in den Parlamenten. Mit uns wird es **nie eine Zusammenarbeit mit**
514 **der Nazipartei AfD** geben und diese politisch und mit allen Mitteln des Rechts-
515 und Verfassungsstaats bekämpfen, um unsere Demokratie zu schützen. Wir werden
516 alles dafür tun, um den gesellschaftlichen und politischen Rechtsruck zu
517 beenden.

518 • Für uns bedeutet auf dem rechten Auge nicht blind zu sein auch, die **Gefahren des**
519 **Islamismus für Freiheit und Gleichberechtigung klar zu benennen.** Wir
520 unterstützen Vereinsverbote wie z.B. gegen das „Islamische Zentrums Hamburg“
521 und fordern konsequente Ermittlungsarbeit der Sicherheitsbehörden gegen
522 radikalen Islamisten und die Ausweitung von Deradikalisierungsprogrammen.

523 • Rechte und insbesondere Rechtsextreme, vor allem die AfD, setzen gemeinnützige
524 Vereine für Demokratie und gegen Rechts zunehmend unter Druck. Seit dem Compact
525 und Attac die Gemeinnützigkeit entzogen wurde, besteht auch bei kleinen
526 gemeinnützigen Unsicherheit, die die AfD für sich zu nutzen weiß, um
527 gemeinnützige Vereine zu gängeln und damit ihre Existenz zu bedrohen. Deswegen
528 wollen wir, dass mehr Klarheit zugunsten zivilgesellschaftlicher Vereine beim
529 Gemeinnützigkeitsrecht geschaffen wird.

- 530 • Wir fordern eine finanzielle Absicherung zivilgesellschaftlicher Organisationen,
531 die sich gegen Rechtsextremismus und Feinde der Demokratie einsetzen. Dazu muss
532 das **Demokratiefördergesetz sofort auf den Weg** gebracht werden.
- 533 • Wir sprechen uns **gegen einen Pflichtdienst sowie gegen den verpflichtenden**
534 **Wehrdienst** aus. Stattdessen wollen wir die **Freiwilligendienste stärken**, indem
535 wir jungen Menschen einen Rechtsanspruch bieten und das Taschengeld auf die Höhe
536 der Besoldung des Wehrdienstes gleichstellen. Perspektivisch ist eine
537 Angleichung an den Mindestlohn das Ziel, d.h. Freiwilligendienste müssen
538 Mindestlohn garantieren.
- 539 • Wir wollen, dass Frauen besonders vor Gewalt geschützt werden Es gibt nicht mal
540 ansatzweise genug Plätze in Frauenhäusern in Deutschland. Dafür müssen wir
541 **flächendeckend Frauenhäuser ausweiten, sanieren und finanziell stark ausstatten**
542 und sie zu inklusiven **Orten für alle Frauen** entwickeln. Das bedeutet, sie
543 müssen barrierearm und kostenlos sein.
- 544 • Besonders FINTA müssen besser vor sexualisierter Gewalt und
545 geschlechtsspezifischer Gewalt geschützt werden. Nicht nur “nein heißt nein”,
546 sondern nur “ja heißt ja” muss gesetzlich verankert werden. Sogenanntes
547 Catcalling muss verboten werden.
- 548 • Wir fordern **die Streichung von § 218 StGB** aus dem Strafgesetzbuch. und
549 Schwangerschaftsabbrüche als Teil gesundheitlicher Grundversorgung. Das
550 bedeutet, Schwangerschaftsabbrüche müssen leicht zugänglich sein und ein breites
551 Angebot geben, auch im ländlichen Raum.
- 552 • Die **Legalisierung der altruistischen Leihmutterschaft** in Deutschland unter
553 Festlegung bestimmter Maßstäbe die sowohl das physische als psychische Wohl der
554 Leihmutter immer in den Fokus der einzelnen Situation setzen. Dazu zählt auch
555 die Legalisierung von Eizellspenden.
- 556 • Die **grundsätzliche Legalisierung der Gewinnung von embryonalen Stammzellen** bis
557 zu 14 Tage nach der Befruchtung (in Anlehnung an bspw. die belgische
558 Gesetzeslage) zu Forschungszwecken.
- 559 • Wir fordern eine **Novellierung des Abstammungsrecht** mit Einführung der Co-
560 Mutterschaft und Mehrelternschaft.
- 561 • Das Selbstbestimmungsgesetz wollen wir weiterentwickeln. Dazu ist es notwendig,
562 dass weiterhin geltende diskriminierende Regeln aus dem Selbstbestimmungsgesetz
563 gestrichen werden.
- 564 • Es braucht Safer Spaces für queere Menschen und vor allem auch Schutzräume für
565 queere Kinder und Jugendliche..
- 566 • Es braucht mehr Aufklärungs- und Präventionsarbeit zu Antifeminismus.
- 567 • Wir verteidigen das Grundrecht auf Asyl in seiner vollen Bandbreite. Wir wollen
568 **sichere Fluchtrouten** schaffen, damit das Sterben und die Gewalt auf der Flucht
569 endlich enden. Deswegen fordern wir eine staatliche Seenotrettung, die
570 Abschaffung von Frontex und das konsequente Verfolgen von (illegalen) Pushbacks.
571 Damit sich nach Möglichkeit keine Menschen auf die gefährliche Flucht begeben
572 müssen, fordern wir die Einführung von humanitären Visa und die Ausweitung und
573 vollständige Ausschöpfung von Resettlement-Programmen.

- 574 • Vor allem wenn Menschen vor Ort uns in Auslandseinsätzen unterstützt haben und
575 dadurch in Lebensgefahr geraten, ist es das Mindeste, dass wir diesen Menschen
576 unseren Schutz bieten. Es ist eine Schande, wie wir diese Menschen in
577 Afghanistan im Stich gelassen haben. Das **Bundesaufnahmeprogramm** muss endlich
578 umgesetzt werden und Menschen aus Afghanistan gerettet werden.
- 579 • Wir müssen endlich **Fluchtursachenbekämpfen**. Die Klimakrise muss konsequent
580 bekämpft werden und die Klimakrise als Fluchtursache anerkannt werden. Es
581 braucht eine antikoloniale Entwicklungszusammenarbeit und Wiedergutmachungen des
582 globalen Nordens am globalen Süden.
- 583 • Dass jeder Mensch ein Recht auf ein Leben in Würde hat, gilt selbstverständlich
584 auch für Geflüchtete. Es darf keine Lager - weder an den europäischen
585 Außengrenzen noch an unseren deutschen Grenzen - geben. Wir fordern eine
586 **menschenwürdige und dezentrale Unterbringung von Geflüchteten und einen**
587 **solidarischen Verteilungsmechanismus**. Abkommen mit Drittstaaten, die der Abwehr
588 von Migration dienen, lehnen wir ab. Besonders die Abkommen mit Staaten, die
589 Menschenrechte missachten wie die Türkei oder Tunesien.
- 590 Für ein Leben in Würde und Teilhabe wollen wir endlich die Aussetzung der
591 Familienzusammenführung für subsidiär Schutzbedürftige beenden und
592 Beschäftigungsverbote für Geflüchtete aufheben.
- 593 • Anstatt immer mehr von unmenschlichen Abschiebungen zu reden, wollen wir für
594 Geflüchtete den **Spurwechsel** ermöglichen.
- 595 • Wir wollen, dass das **Staatsangehörigkeitsrecht** weiter reformiert wird und vor
596 allem auch vulnerable Gruppen es erleichtern, sich hier einzubürgern. Wir
597 brauchen Menschen, die sich hier einbringen, teilhaben und arbeiten können. Und
598 sie sollen dann natürlich hier auch wählen können. Deswegen fordern wir zunächst
599 das kommunale Wahlrecht auch für Drittstaatsangehörige. Wir wollen ein offenes
600 und modernes Einwanderungsland.
- 601 • Wir wollen **Rassismus** innerhalb unserer Gesellschaft **bekämpfen**. Das beinhaltet
602 sowohl die konsequente Aufklärung rassistischer Diskriminierung durch
603 unabhängige Strukturen und Ansprechpartner*innen in staatlichen Strukturen, als
604 auch die finanzielle Förderung zivilgesellschaftlicher Antirassismusbearbeitung.
- 605 • Den grassierenden Antisemitismus stellen wir uns entgegen. Wir wollen wirksamen
606 Schutz für Jüdinnen* und Juden und jüdische Einrichtungen. Dafür müssen Gelder
607 bereitgestellt werden, antisemitische Symbole und Zeichen verboten und in
608 Bildung gegen Antisemitismus investiert werden
- 609 • Die Ausfinanzierung von Gedenkstätten der Shoa, denn auch hier schlägt sich der
610 Sparzwang nieder.
- 611 • Es braucht **Antidiskriminierungsgesetze** und unabhängige Melde- und
612 Ermittlungsstellen, wo Menschen sich hinwenden können, wenn sie rassistische
613 oder andere menschenfeindlich bezogene Gewalt durch staatliche Institutionen
614 erfahren. Besonders vor unrechtmäßiger Polizeigewalt werden Menschen nicht
615 geschützt. Die Einrichtung offizieller Meldestellen, um lückenlose Aufklärung
616 dieser und weiterer rechter Netzwerke und Strukturen innerhalb der
617 verschiedensten staatlichen Institutionen zu gewährleisten. Besonders gegen
618 Rechtsextremismus bei Polizei und Bundeswehr muss konsequent vorgegangen

619 werden

- 620 • Die **Entfernung von Personen aus dem Staatsdienst, die in rechtsextremen**
621 **Organisationen aktiv sind** oder Einstellungen aus dem Bereich der
622 gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit teilen.
 - 623 • Wir stehen für eine gemeinsame und koordinierte **europäische Sicherheitspolitik**,
624 die sich gegen hybride oder konventionelle Angriffe autoritärer Staaten zur Wehr
625 setzen kann und die Sicherheit der Bürger*innen garantiert. Wir setzen uns
626 außerdem für eine wirksame Rüstungskontrolle ein.
 - 627 • Wir stehen für einen **breiten Sicherheitsbegriff**, der Investitionen in
628 Demokratie, Bildung, Infrastruktur etc. mit einbezieht, um eine resiliente
629 Gesellschaft zu schaffen. Bei der Betrachtung internationaler Konflikte und
630 Krisen nehmen wir eine intersektionale, feministische Perspektive ein, die
631 vulnerable Gruppen bei der Konfliktprevention, der Konfliktlösung und der
632 Friedenssicherung schützt und einbezieht.
 - 633 • Sicherheitspolitik basiert für uns auf einem Zusammenspiel zwischen **Außen- und**
634 **Sicherheitspolitik und sogenannter Entwicklungszusammenarbeit**. Der
635 Diskreditierung von Entwicklungszusammenarbeit von Rechten, Konservativen und
636 Liberalen erteilen wir eine klare Absage. Wir setzen uns für eine
637 Entwicklungszusammenarbeit, die auf Gleichberechtigung und Augenhöhe baut, sowie
638 Partner*innen aus der Zivilgesellschaft vor Ort einbezieht, ein. Der Abbau von
639 postkolonialen Strukturen ist dafür notwendig.
 - 640 • Wir solidarisieren uns mit den mutigen Menschen im Iran, die weiterhin gegen das
641 islamistische Regime aufbegehren und fordern daher einen **Wandel in der Iran-**
642 **Politik**.
 - 643 • Wir stehen an der Seite der Ukraine und setzen uns für die **bestmögliche**
644 **Ausstattung** und Ausrüstung dieser in ihrem Kampf gegen den Aggressor Russland
645 ein.
 - 646 • **Chinas** zunehmend autoritäres und bedrohendes Verhalten gegenüber seinen Nachbarn
647 verurteilen wir. Entsprechende aggressive Handlungen der Volksrepublik in ihrer
648 Nachbarschaft, aber auch darüber hinaus dürfen genauso wenig wie der Umgang mit
649 Minderheiten ohne Konsequenzen hingenommen werden.
 - 650 • Die Bedrohung durch **Desinformationen und Cybersicherheit** werden unter anderem
651 durch China und Russland immer größer. Kritische Infrastruktur muss durch
652 Investitionen in Sicherheitsmaßnahmen und Bildung besser geschützt werden. Dafür
653 müssen die Sicherheitsbehörden zusammenarbeiten.
- 654 **6. „Damit Du in Wohlstand leben und das Klima schützen kannst!“**
- 655 Wir wollen die Klimawende in der Industrie sozial nachhaltig gestalten. Wir wollen
656 auf der einen Seite die Klimaziele endlich einhalten und auf der anderen Seite den
657 Beschäftigten in der Industrie die Sicherheit geben, dass die ökologische
658 Transformation des industriellen Sektors nicht zu ihren Lasten gehen wird und
659 Arbeitsplätze zu guten Bedingungen erhalten bleiben. Für uns sind eine starke
660 Industrie und Wirtschaft und den Klimawandel bekämpfen und die Klimaziele einzuhalten
661 kein Widerspruch, sondern eine notwendige Bedingung, um das Brennen der Welt zu
662 verhindern und Wohlstand und Sicherheit zu erhalten.

- 663 • Um die Klimaziele zu erreichen und die Wärmewende zu schaffen, müssen wir die
664 **erneuerbaren Energien im Bereich Strom und Wärme massiv ausbauen**. Dafür brauchen
665 wir einen dringend benötigten **Ausbau der Netzinfrastruktur und**
666 **Speicherkapazitäten**. Um nicht zu stromfokussiert zu sein, setzen wir auf eine
667 dezentrale Energieversorgung. Dazu zählen unter anderem neben Wind- und
668 Solarenergien der **Ausbau von Bioenergie, Wasserkraft sowie Geothermie**.
- 669 • Wir wollen eine **Wärmewende**, die die Menschen nicht überfordert. Deshalb setzen
670 wir auf die Förderung des Ausbaus von **Fernwärmenetzen, Quartierswärmepumpen** und
671 anderen kollektiven Ansätzen, die verhindern, dass der*die Einzelne mit Kosten
672 belastet wird, die nicht zu bewältigen sind. Die Wärmewende gelingt nur, wenn sie
673 gemeinschaftlich angegangen und nicht dem Individuum auferlegt wird. Dabei
674 setzen wir insbesondere auf Wärme, die aus erneuerbaren Energien gewonnen wird.
- 675 • Wir wollen die **Planungs- und Genehmigungsverfahren** gerade für den Ausbau
676 erneuerbarer Energien **vereinfachen und verschlanken**. Dazu gehört zum Beispiel
677 die **schnelle Implementierung einer Wasserstoffpipelineinfrastruktur**, um
678 Wasserstoff nach Deutschland zu importieren. Dabei setzen wir bei der Verwendung
679 von Wasserstoff zunächst insbesondere auf die Transformation energieintensiver
680 Industrie. Weiterhin gehört die Praxis, dass jedes Windrad durch einen
681 Gemeinderatsentscheid verhindert werden kann, gehört beendet. Dafür muss das
682 Vergaberecht überarbeitet werden.
- 683 • Wir brauchen eine **Abwärmestrategie für unsere gesamte Industrie und solide**
684 **Ausfinanzierung einer flächendeckenden kommunalen Wärmeplanung**. Das Auffangen
685 und Aufbereiten überschüssiger Abwärme sowie die Wiederverwertung innerhalb der
686 Industriebetriebe sowie zum Heizen von öffentlichen Gebäuden und Wohnraum.
- 687 • Es braucht eine **bundeseinheitliche Förderung von Energiegenossenschaften**, um die
688 Energieversorger zu diversifizieren. Gerade Energiegenossenschaften stellen eine
689 Möglichkeit der Vergesellschaftung und Demokratisierung der Energieversorgung.
- 690 • Um die Strompreise weiter zu senken, wollen wir die **Stromsteuer für**
691 **Privathaushalte und Unternehmen abschaffen**. Zusätzlich wollen wir die
692 **Netzentgelte abschaffen** und Netzausbau sowie Netzunterhalt steuerfinanzieren.
- 693 • Seite an Seite mit den DGB-Gewerkschaften fordern wir die **Einführung eines**
694 **Brückenstrompreises** in Höhe von 5 Cent pro Kilowattstunde inklusive Steuern und
695 Abgaben.
- 696 • Wir wollen die **Abschreibungsmöglichkeiten** auf Klimainvestitionen ausweiten und
697 über gezielte **Subventionierung** Arbeitsplätze in der Industrie zukunftsfähig
698 machen und klimafreundliches Wachstum ermöglichen.
- 699 • Über die gezielte Ansiedlung von **grünen Schlüsselindustrien** wollen wir
700 Industriecluster aufbauen und gleichzeitig die Resilienz der Volkswirtschaft
701 steigern.
- 702 • Wir wollen ein **soziales Klimageld!** CO₂-Emissionen in den Bereichen Wärme und
703 Verkehr werden bepreist. Das bedeutet einen wichtigen finanziellen Anreiz, von
704 fossilen Brennstoffen auf klimaschonende Alternativen umzusteigen. Diese
705 Lenkungswirkung begrüßen wir als Sozialdemokratie, wollen Klimaschutz aber
706 sozialgerecht und nicht zu Lasten der Ärmsten gestalten. Momentan belastet der
707 CO₂-Preis arme Menschen sowie Menschen mit mittlerem und geringem Einkommen

708 leider überproportional. Deswegen braucht es ein Gegensteuern durch die
709 Rückverteilung der Einnahmen des CO2-Preises an die Bürger*innen sowie gezielte
710 Fördermaßnahmen. Ein solches Instrument ist die zügige und unbürokratische
711 Einführung eines Klimagelds. Im Rahmen dessen wollen wir, dass die kompletten
712 Einnahmen der CO2-Bepreisung dauerhaft durch das Klimageld an die Bürger*innen
713 rückerstattet werden. Wir fordern ein einkommensabhängiges Klimageld: Dieses
714 soll stufenweise niedriger bemessen werden, umso höher das Einkommen liegt -
715 einkommensärmere Personen profitieren dann folglich mehr. Das Klimageld soll
716 nicht mit Sozialleistungen verrechnet werden. Wir wollen, dass Bürger*innen das
717 Klimageld wahrnehmen, beispielsweise als Gutschrift auf ihrem Bankkonto. Wir
718 regen an, sich am österreichischen Modell des Klimabonus' zu orientieren - der
719 gestaffelte Betrag wird dort per Überweisung auf das jeweilige Bankkonto oder
720 über einen Gutschein via Post einmal jährlich automatisch ausbezahlt.

721 • **Klimagerechtigkeit** bedeutet vor allem auch **globale Gerechtigkeit**. Während der
722 globale Norden Hauptverursacher der Klimakrise ist, leidet der globale Süden
723 hauptsächlich unter den Folgen der Klimakrise. Der globale Norden muss hier den
724 globalen Süden dafür entschädigen.